

selbst sowie über das Gemeindefinanzierungsgesetz stimmen wir morgen zum Abschluss der zweiten von insgesamt drei Lesungen ab.

Das Haushaltsbegleitgesetz 2018 benötigt nur zwei Lesungen. Die Abstimmung – auch über Änderungsanträge – wird daher bis zur dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 2018 im Januar-Plenum zurückgestellt.

Zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr finden heute keine Abstimmungen statt.

Ich rufe auf:

GRUNDSATZDEBATTE

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2017 – 2021

In Verbindung mit:

Einzelplan 12 Ministerium der Finanzen, Finanzverwaltung

In Verbindung mit:

Einzelplan 20 Allgemeine Finanzen

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1552

In Verbindung mit

Haushaltsbegleitgesetz 2018

Ich darf auf die Beschlussempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses in den Drucksachen 17/1500, 17/1512, 17/1515, 17/1518 und 17/1519 hinweisen.

Ich eröffne die Aussprache zur Grundsatzdebatte und darf für die SPD Herrn Abgeordnetenkollegen Zimkeit das Wort erteilen. Bitte schön.

Stefan Zimkeit (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selten hat ein Haushalt so die Politik einer Landesregierung widerspiegelt wie dieser. Der Haushalt ist unsozial. Er

ist bürokratisch. Er ist geschönt. Er ist kommunalfeindlich. Er ist chaotisch. Er ist also genauso wie Ihre Politik.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sozialpolitik scheint Ihnen in der Koalition lästig zu sein. Das hat Ihnen der DGB noch einmal deutlich ins Stammbuch geschrieben, der Ihre marktradikale Politik mit Tarifflicht, prekärer Beschäftigung und Lohndumping angeprangert hat.

Das ist auch mit den ersten Demonstrationen deutlich geworden, die es vor diesem Haus gegeben hat. Da haben Behinderte demonstriert, die Angst um ihren Wohnraum haben. Da haben Obdachlose demonstriert, die Angst um ihre Mobilität hatten. Auch das ist Folge Ihrer Politik.

Unter dem öffentlichen Druck sind Sie beim Sozialticket zurückgerudert. Leider haben Sie es versäumt, unserem Antrag zuzustimmen, die Mittel zu erhöhen. Sie haben aber zumindest Ihre Kürzungen zurückgenommen. Allerdings haben Sie nicht der langfristigen Absicherung des Sozialtickets zugestimmt. Das haben Sie abgelehnt. Hier stellt sich die Frage Ihrer Glaubwürdigkeit.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie überhaupt sparen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sparen Sie bei den Schwächsten: bei Flüchtlingen, beim sozialen Arbeitsmarkt. Sie sind die Koalition der sozialen Kälte.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: Ui!)

Stattdessen wollen Sie mehr Bürokratie wagen. Mit dem Nachtragshaushalt und dem Haushalt 2018 schaffen Sie fast 500 neue Stellen in der Ministerialbürokratie und überall neue Verwaltungseinheiten.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

– Überall, außer bei Ihnen, Herr Laumann. Sie müssen als einziges Ressort Personal abbauen. Aber da geht es ja um Soziales.

(Heiterkeit von der SPD)

Sonst gibt es überall neue Stabsstellen, neue Referate und – als Gipfel – neue Stellen für den Bürokratieabbau. Das ist absurd, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie sind die Koalition des Bürokratieaufbaus –

(Beifall von der SPD)

und das zum Schaden kommender Generationen.

Gerade was die Finanzpolitik und die nachhaltige Finanzpolitik angeht, sind Sie die Koalition des Wortbruchs. Statt wie versprochen mehr Geld in den Pensionsfonds zur langfristigen Absicherung zu geben, sind Sie dafür verantwortlich, dass die niedrigsten Zahlen seit Langem zu verzeichnen sind.

Angeblich wollen Sie Einsparungen identifiziert haben, Herr Finanzminister. Doch dies erweist sich zunehmend als Luftnummer. Bis heute haben Sie sich geweigert, die Förderprogramme zu benennen, in denen Sie Einsparungen identifiziert haben. Das ist nicht nur eine Missachtung des Parlaments, sondern verunsichert auch alle Menschen, die auf diese Förderprogramme angewiesen sind. Das ist ein Skandal, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Ihre tiefgreifende finanzpolitische Kompetenz haben die Koalitionsfraktionen mit den Gegenfinanzierungen für ihre eigenen Anträge unter Beweis gestellt. Sie hatten zu Oppositionszeiten angekündigt: Wir haben eine milliardenschwere Streichliste in der Schublade, mit der wir den Haushalt sanieren. – Jetzt mussten Sie 10 Millionen € an eigenen Vorschlägen gegenfinanzieren. Sie haben das mit erhöhten globalen Minderausgaben getan. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt Ihre finanzpolitische Kompetenz; sie ist nämlich nicht vorhanden.

Mit dem Nachtragshaushalt wurden Sie, Herr Laschet, zum Schuldenkaiser. Nun bemühen Sie sich, mit diesem Haushalt diesen Titel zu verteidigen.

(Heiterkeit von der SPD)

Die schwarze Null, für die Sie sich feiern lassen wollen, hat Norbert Walter-Borjans schon 2016 erreicht.

(Zustimmung von der SPD – Widerspruch von der CDU)

– Wenn Sie die entsprechenden Papiere nicht lesen können, schauen Sie einmal in den Abschluss. Alle Behauptungen Ihres Kollegen, Sie seien die Ersten, die das machten, sind frei erfunden und entsprechen nicht der Wahrheit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Mehrheit der Länder baut Schulden ab, darunter Sachsen-Anhalt, das Saarland, Berlin und sogar Bremen – nur NRW nicht. Das, Herr Laschet, ist Ihre finanzpolitische Bankrotterklärung.

(Beifall von der SPD – Heiterkeit von Ministerpräsident Armin Laschet und Minister Lutz Lienenkämper)

Um davon abzulenken, tricksen und täuschen Sie. Der Finanzminister hat in einer Pressekonferenz behauptet, 40 % der Mittel dieses Haushalts fließen in Bildung, und musste auf Nachfragen zugeben, dass darin die Pensionslasten für Lehrerinnen und Lehrer enthalten sind.

Sie, Herr Laschet, haben hier gestanden und gesagt: Pensionierte Lehrerinnen und Lehrer unterrichten doch gar nicht.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Das stimmt!)

Sie haben das einen Taschenspielertrick genannt. Das heißt, dass Sie in Ihrer Logik Ihren Finanzminister als Taschenspieler bezeichnen. Was ist das denn? Dann müssten Sie ihn eigentlich entlassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von Minister Lutz Lienenkämper)

Herr Finanzminister, Sie haben versprochen, für die Schülerinnen und Schüler – einige sitzen gerade auf der Tribüne – 2.048 zusätzliche Lehrerstellen einzurichten. Dann hat sich herausgestellt, dass es nur 1.283 sind, weil Sie fast 800 Stellen streichen. Auch das sind Taschenspielertricks, die auf Kosten der Schulen durchgeführt werden. Sie sind die Koalition des Täuschens und Tricksens, meine Damen und Herren.

Getäuscht haben Sie auch die Kommunen. Gerade Sie, Herr Laschet, haben versprochen, die Integrationspauschale an die Kommunen weiterzuleiten – und in diesem Haushalt wie auch schon im Nachtragshaushalt wieder Fehlanzeige! Versprochen – gebrochen!

Unseren Vorschlag, die Kommunen mit fast 400 Millionen € zusätzlich bei der Integration zu unterstützen, haben Sie abgelehnt. Sie sparen. Wegen zurückgehender Flüchtlingszahlen müssen Sie fast über 1 Milliarde € weniger für Flüchtlinge ausgeben. Sie haben nicht die Stärke, zu sagen: Wir müssen die Kommunen, die die Hauptlast tragen, daran beteiligen. – Das ist kommunalfeindlich, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Das setzen Sie bei der Krankenhausfinanzierung fort, bei der Sie die Kommunen sogar zusätzlich belasten.

Wir haben Ihnen Vorschläge vorgelegt, die Kommunen mit fast einer halben Milliarde Euro zusätzlich zu unterstützen, um so Steuererhöhungen, Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen für die Menschen zu verhindern, gerade für die Menschen in finanzschwachen Kommunen. Stimmen Sie dem zu! Ansonsten bleiben Sie die Koalition der Steuer- und Gebührenerhöhungen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Gleich wird sicherlich argumentiert, mit dem GFG werde den Kommunen doch viel mehr Geld zur Verfügung gestellt. Das verdanken Sie doch nur der guten wirtschaftlichen Lage in diesem Land.

(Zuruf von der CDU)

Hier werden nur die Rekordsteuereinnahmen umverteilt, die Sie der vorhergehenden Regierung zu verdanken haben, weil es diesem Land – im Gegensatz zu dem, was Sie immer behauptet haben, liebe Kolleginnen und Kollegen – wirtschaftlich gut geht.

Außerdem tragen Sie die Verantwortung für ein absolut chaotisches Haushaltsverfahren. Viele der Sachverständigen, die wir in die Anhörung eingeladen haben, haben darauf hingewiesen, sie hätten überhaupt nicht ausreichend Zeit gehabt, sich mit diesem Haushalt zu beschäftigen.

Augenscheinlich hatten Ihre eigenen Fraktionen von CDU und FDP auch nicht ausreichend Zeit. Sie haben dann auf die Schnelle Anträge im HFA gestellt, die Sie gar nicht erklären konnten. Bei Nachfrage der Grünen saßen die gesamten Koalitionsfraktionen da und konnten ihre Gegenfinanzierungspläne nicht erklären. Herr Witzel, ich habe das ja gerne für Sie übernommen. Aber das ist weder ein Zeichen für finanzpolitische Kompetenz noch für ein geordnetes Haushaltsverfahren.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Dieses Chaos passt allerdings gut zu Ihrer Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es passt zu dem „Nein, Ja, vielleicht doch Nein zum Stahlgipfel“, das Sie hier auf Kosten der Beschäftigten aufführen, die Sie damit im Stich lassen. Es passt zur chaotischen Personalpolitik des Finanzministers, der insbesondere darum besorgt ist, Lobbyisten unterzubringen. Es passt zur schnellen Einrichtung einer Bosbach-Baum-Kommission, die vielleicht irgendwann einmal in Zukunft die Arbeit aufnehmen wird – natürlich ohne Herrn Baum. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die Chaos-Koalition.

(Beifall von der SPD)

Sie haben alle unsere Vorschläge, die wir vorgelegt haben – mehr Geld für Sportvereine, stärkere Unterstützung der Kommunen, Absicherung der Sozialberatung für Flüchtlinge, mehr Investitionen für Kinder und Jugendliche –, abgelehnt. Abgelehnt haben Sie auch die Gegenfinanzierung, nämlich die von Ihnen sonst immer geforderte Streichung von Stellen in der Bürokratie. Wir werden Ihnen aber heute die Chance geben, sich bei diesen wichtigen Anträgen in dieser zweiten Lesung noch einmal zu bekennen.

Wir wollen sehen, wie ernst Sie es mit Ihren Versprechungen meinen. Wir wollen das Sozialticket langfristig absichern, wie Sie es zugesagt haben. Wir wollen die Kommunen stärker finanziell unterstützen, wie Sie es versprochen haben. Wir wollen Bürokratie abbauen, wie Sie es immer angekündigt haben.

Stimmen Sie unseren Anträgen zu, und begehen Sie nicht wieder Wortbruch! Sonst bleibt dieser Haushalt ein Dokument des Chaos und der sozialen Kälte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Zimkeit. – Für die CDU hat der Kollege Moritz das Wort.

Arne Moritz (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Von der anscheinend als Last empfundenen Regierungsverantwortung befreit und mit dem Schock von vier verlorenen Wahlen in den Knochen, zieht sich die SPD mit ihrer Kritik an unserem Haushalt in abgedroschene und inhaltsleere Phrasen zurück.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Das haben Sie aber schön aufgeschrieben! – Weitere Zurufe von der SPD)

Kaum war der Haushalt in der ersten Lesung eingebracht, redete sich die SPD bei ihrer Kritik an dem Haushaltsentwurf in Rage, ohne zu wissen – wie wir im Nachhinein erfahren durften –, wovon sie überhaupt redete.

Aber zunächst zu Ihren Vorwürfen, Herr Zimkeit, der Haushalt sei unsozial, die NRW-Koalition erbe ein robustes Wirtschaftswachstum und soziale Finanzen, der Haushalt nehme Schwachen das Geld weg

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

und Schwarz-Gelb breche reihenweise Wahlversprechen:

(Zuruf von der SPD: Genau! – Weitere Zurufe von der SPD – Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, alles Narrative, aus denen sich die Opposition ihre finanzpolitische Traumwelt baut!

(Beifall von der CDU)

Ausgehend von den Vorwürfen, der nun vorliegende Haushaltsplan 2018 sei unsozial, und vor dem Hintergrund der eigenen rot-grünen Haushaltspläne aus den vergangenen Jahren mache ich mir Sorgen darüber, wie die SPD den Begriff „sozial“ überhaupt definiert. War es etwa sozial, meine Damen und Herren, trotz Rekordsteuereinnahmen, niedriger Zinsen und Bundeszuschüssen in Rekordhöhe immer weiter Schulden zu machen?

Den Schuldenberg, den wir nun abbauen werden, hat die rot-grüne Landesregierung kontinuierlich wachsen lassen. Ist das sozial gewesen?

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD: Haha!)

Oder ist es sozial gewesen, den Gestaltungsspielraum für NRW durch zusätzliche Schulden kontinuierlich zu verringern?

Ein Haushalt, der darauf basiert, Schulden aufzunehmen und den eigenen Schuldenberg wachsen zu lassen, ist kein sozialer Haushalt. Das haben wir hier immer wieder betont.

(Beifall von der CDU)

Unser Haushaltsplan ist der erste wirklich soziale Haushaltsentwurf seit Jahren, weil wir mit dem Geld, welches uns zur Verfügung steht, auskommen, keine weiteren Schulden zulasten künftiger Generationen aufnehmen und trotzdem an den richtigen Stellen investieren. Das ist sozial, und das ist unser Verständnis eines ordentlichen Landeshaushalts, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In einem weiteren Schritt drohen Sie mit juristischen Verfahren, weil das Beratungsverfahren zu kurz gewesen sei.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das war es auch!)

Kollege Börschel erklärt in der „Rheinischen Post“ vom 6. Dezember 2017, man habe auf den Rat von Sachverständigen verzichten müssen, weil eine fundierte Meinungsbildung nicht möglich gewesen sei. – Da passt doch etwas nicht zusammen. Erst wird an Kritik nicht gespart, und dann war keine Zeit, den Haushaltsentwurf zu lesen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Über ehrliche Kritik am Haushaltsentwurf können wir gerne reden und streiten.

(Zurufe von der SPD)

Aber wenn Ihre Kritik und Ihre Oppositionsarbeit nach dem Schema „Erst meckern und dann die Hausaufgaben machen“ funktionieren,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch infam! Das ist eine infame Unterstellung!)

frage ich Sie: Wer soll dann Ihre Oppositionsarbeit, Ihre Öffentlichkeitsarbeit und insbesondere Ihre Verbesserungsvorschläge überhaupt ernst nehmen?

Ihre Kritik war nichts weiter als Schüsse in die Luft:

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die Bücher lagen doch gar nicht vor!)

unpräzise, laut und nur darauf bedacht, auf sich selbst aufmerksam zu machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hätten Sie die vorhandene Zeit für die inhaltliche Auseinandersetzung genutzt, wäre Ihnen sicherlich eines nicht entgangen:

(Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Der vorliegende Haushaltsentwurf stellt genau die Themen in den Vordergrund, die die abgewählte rot-

grüne Landesregierung lange vernachlässigte und die schließlich zu ihrer Abwahl geführt haben.

An erster Stelle steht dort die innere Sicherheit. 58,2 Millionen € für bessere Ausstattung, eine quantitativ und qualitativ bessere Ausbildung unserer Polizeianwärter sowie 1.482 neue Stellen bei der Polizei sind CDU und FDP gemeinsam der Anspruch auf körperliche Unversehrtheit und Schutz des Eigentums sowie ein flächendeckendes Sicherheitsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger wert. Wir greifen tief in die Tasche, ja. Das tun wir aber mit Maß und Konzept, und unter dem Strich schreiben wir schwarze Zahlen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Bildungsbereich offenbart ebenso viel dringenden Handlungsbedarf, den wir mit dem Haushalt 2018 angehen. Der Bildungsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft bescheinigte die miserable Leistungsfähigkeit des NRW-Bildungssystems, das Frau Löhrmann hinterlassen hat.

Dem Endergebnis der rot-grünen Bildungspolitik setzen wir unter anderem 926 Stellen für die schulische Inklusion, 600 Lehrerstellen für Grundschulen und 250 Lehrerstellen an Berufskollegs sowie höhere Investitionen in die IT-Infrastruktur der Schulen entgegen.

Herr Zimkeit, Sie haben hier über 800 abgesetzte Stellen gesprochen. Der Ehrlichkeit halber sollten Sie dann auch sagen, dass diese 800 Stellen in der Abschlussbilanz von Norbert Walter-Borjans aufgrund von kw-Vermerken im rot-grünen Haushalt abgesetzt wurden. Sie haben die Stellen abgesetzt. Wir schaffen hingegen neue Lehrerstellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ganz egal, in welchem Umfang und in welcher Art unsere Schulkinder schulische Betreuung benötigen: Die dafür nötigen Mittel stellt die NRW-Koalition vollumfänglich zur Verfügung. Taten folgen jetzt auf Worte. Wir wollen in die Zukunft, Kinder und Köpfe investieren und tun dies mit diesem Haushalt, ohne weitere Schulden auf sie abzuwälzen, wie es Rot-Grün über Jahre tat.

(Beifall von der CDU)

Die Wirtschaftspolitik bildet einen weiteren Schwerpunkt des Landeshaushalts. Ob von Westfalen bis zum Rheinland oder von der Lippe bis zum Bergischen Land: Mit globalen Playern in allen Wirtschaftsbereichen besitzt NRW ein enormes Potenzial für wirtschaftliches Wachstum. Mittelfristig wäre ein zusätzliches Wachstum des nordrhein-westfälischen Bruttoinlandsprodukts von 38 Milliarden € zu erreichen – so Studien der BCG.

Durch die Verhinderungspolitik von Herrn Rimmel konnte dieses Potenzial nie vollständig genutzt werden.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von Arndt Klocke [GRÜNE])

Wäre es von der abgewählten Regierung genutzt worden, hätte man die Wachstumslücken gegenüber wirtschaftlich stärkeren Bundesländern aufarbeiten können.

Mit dem Entfesselungsgesetz haben CDU und FDP den Aufschlag gemacht, dieses Potenzial für unser Land wieder zu nutzen.

(Beifall von der CDU)

Der Haushalt 2018 wird nun mit rund 25 % mehr Investitionen für eine innovative und vernetzte Wirtschaft daran anknüpfen.

(Lachen von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wir schauen nicht zu, wie der Abstand zu anderen Bundesländern beim Wirtschaftswachstum größer wird, sondern fangen an, aufzuholen. Gleichzeitig schaffen wir mit einem ausgeglichenen Haushalt die Voraussetzungen für ordentliche Standort- und Investitionsbedingungen und verhindern einen finanzpolitischen Kontrollverlust.

Das Haushaltskonzept ist geprägt von und geschrieben mit dem Gedanken der Verlässlichkeit. Verlassen sollen sich die Bürgerinnen und Bürger darauf, dass sie sich in ihrer Heimat wieder sicher fühlen können.

(Zuruf)

Verlassen können sollen sich Eltern und Kinder darauf, dass wir Ihnen bestmögliche Bildungschancen bieten werden. Verlassen sollen sich auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmer darauf, dass CDU und FDP der Wirtschaft bei der Herausforderung der Digitalisierung zur Seite stehen und für ein solides Wirtschaftswachstum arbeiten.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Sie können sich darauf verlassen, dass wir alles daransetzen werden, dass NRW nicht länger Schlusslicht in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Investitionen und Kriminalität sein wird – und das alles, ohne nachfolgenden Generationen immer größere und schwerere Steine in den Weg zu legen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Moritz. – Für die Grünen hat nun die Kollegin Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns mit dieser zweiten Lesung in einem Haus-

haltsverfahren – dem ersten der neuen Landesregierung –, das erstens von einer beispiellosen Missachtung grundlegender parlamentarischer Rechte geprägt ist, wie ich sie noch nicht erlebt habe,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

und die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts missachtet.

Zweitens. Ebenso beispiellos offenbart es eine erschreckende Turboamnesie der einst gemachten Versprechen und der Forderungen aus Oppositionszeiten.

Drittens. Grundlegende Ansprüche von Transparenz sowie Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit werden missachtet.

Viertens. In verantwortungsloser Art und Weise wird die notwendige Vorsorge für die Zukunft vernachlässigt. Diesem Haushalt und der Mittelfristigen Finanzplanung liegt eben kein nachhaltiges Finanzkonzept zugrunde.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Zu meinen Thesen:

Erstens. Anders, als es Herr Moritz hier darstellt, hat der Beratungszeitplan keine seriöse Befassung des Parlaments zugelassen. Die Erläuterungsbände lagen zum Teil erst am Vorabend der Haushaltsklausur vor. Die Fristen rund um die Anhörung waren so kurz, dass wir kaum auf die Expertise von Sachverständigen zurückgreifen konnten; manche sind ja auch erst gar nicht gekommen. Außerdem lagen anders, als es eigentlich richtig wäre, die blauen Bände den Fraktionen nicht in ausgedruckter Form zur Beratung vor.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie kamen erst am 4. Dezember 2017, meine ich. Damit ist es wahrlich unmöglich, hier eine ordnungsgemäße Haushaltsberatung durchzuführen.

Zweitens zu dem bedeutsamen Phänomen, das ich in der Form in diesem Landtag noch nicht erlebt habe, nämlich Ihrer Amnesie auf ganzer Linie, die offenbar auch nicht therapierbar ist. Das Problem ist, dass die Liste von vergessenen Beispielen Ihrer Forderungen aus Oppositionszeiten so lang ist, dass ich es selbst mit dieser üppigen Redezeit nicht schaffe, alles aufzuführen. Ich habe mir mal einen kleinen Auszug vorgenommen.

Am vollmundigsten war nach meiner Erinnerung die Forderung nach Durchleitung der Integrationspauschale an die Kommunen. Sie haben mehrere Anträge gestellt. Es war der Präsident himself, damals als kommunalpolitischer Sprecher. Kampagnen vor Ort sind gelaufen.

Und jetzt? Was sagen Sie jetzt den Kommunen, Herr Kuper – sorry, es war Herr Kuper, es war nicht Herr

Optendrenk –, wenn diese fragen, wo denn die 437 Millionen € bleiben? Herr Lienenkämper, was sagen Sie denn Ihren Bürgermeistern vor Ort, was aus Ihren Versprechen geworden ist?

(Beifall von den GRÜNEN)

Drittens. Kollege Witzel und Kollege Optendrenk skandalisierten noch vor einem Jahr mit einer ausgiebigen Leidenschaft – Herr Optendrenk, ich habe es gut in Erinnerung – das Aufblähen der Ministerialbürokratie durch zusätzliche Stellen. Da könnte man meinen, Sie bauten das nun wieder ab. Weit gefehlt! Es wird nicht nur nicht abgebaut, sondern mit dem Nachtragshaushalt wurde erst einmal noch ein ordentlicher Schluck aus der Pulle genommen: 139 Stellen für die Ministerien.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

In der Bilanz 2018 – hören Sie zu! – sind es noch einmal 282 Stellen mehr für die Ministerien. Es ist keine Rede mehr davon, wann und wie man das abbauen will.

Dann komme ich zu dem Feldzug von Herrn Witzel gegen zu viele externe Gutachten. Herr Witzel, ich höre Sie noch: Immer diese Sachverständigen und diese Externen, das kann man doch alles aus den eigenen Ministerien holen. – Oha! Schaut man sich die Titelgruppe für Gutachten von externen Sachverständigen einmal an, könnte man meinen, Sie kürzten dort. Nein, auch hier wird draufgesattelt: 3 Millionen € mehr.

(Zuruf von den GRÜNEN: Hört, hört!)

Die Aussagen im Wahlprogramm sind eigentlich an Klarheit nicht zu überbieten: Alle neuen Ausgaben werden durch Einsparungen gedeckt.

Schauen Sie sich das Haushaltsvolumen an. Im Vergleich zu dem letzten rot-grünen Haushalt ist das Haushaltsvolumen um 1,8 Milliarden € gestiegen. Es muss nichts Schlechtes sein, was daraus finanziert wird.

Aber jetzt komme ich zu den Einsparungen. Einsparungen verzeichnen wir in Höhe von 131 Millionen €. Selbst von diesen 131 Millionen € konnte der Minister nicht sagen, an welcher Stelle eigentlich gespart wird und wer davon betroffen ist usw. usf. Auch hier sehen wir komplett das Gegenteil von dem, was Sie noch in der Opposition versprochen haben. Glaubwürdige Politik ist etwas anderes.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zur Forderung nach Transparenz und Haushaltsklarheit – auch dies wurde hier immer wieder mit Empörung vorgetragen und eingefordert –: Bemerkenswert deutlich finde ich die Äußerung des Landesrechnungshofs, die er zu Ihrer – in der Weihnachtszeit will ich es einmal so sagen – weihrauchumwölkten

schwarzen Null gemacht hat. Zitat Landesrechnungshof: „Diese“ – also die schwarze Null – „wird durch Sondereffekte und Verlagerung von Belastungen in andere Haushaltsjahre oder auf andere Einheiten erreicht.“

Nun ist der Landesrechnungshof sehr diplomatisch und sehr korrekt. Man könnte diese Aussage auch so übersetzen: Die schwarze Null wurde herbeigetrichtet, und zwar belegbar.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hierfür werden acht Beispiele genannt, die ich jetzt nicht alle aufführen kann. Auszüge aus der Stellungnahme des Landesrechnungshofes: Bau- und Liegenschaftsbetrieb mit Rückabwicklung der Sondertilgung, globale Mehreinnahmen vom Bund ohne Begründung, ohne Anlass, reduzierte Zuführung zum Pensionsfonds, Kreditemächtigung an das Sondervermögen Risikoabschirmung WestLB usw. usf.

Dann komme ich zu Ihrem Lieblingsthema, Herr Witzel – dies allerdings nur bis zum 14. Mai 2017 –, Ihrem Feldzug gegen die sogenannten Schattenhaushalte, Sondervermögen BLB, NRW.BANK, Pensionsfonds: Herr Witzel, was hindert Sie eigentlich daran, die von Ihnen damals kritisierten und gegeißelten Trickereien durch Verschleierung und Verschiebung von wahren Haushaltsrisiken, die durch diese Sondervermögen entstehen, hier und heute rückgängig zu machen, zumal Sie jetzt auch noch Unterstützer in den Anhörungen haben, zum Beispiel in Bezug auf den Pensionsfonds?

Das Institut der deutschen Wirtschaft stellt fest: 200 Millionen € jährliche Zuführung zum Pensionsfonds reichen nicht aus. Auch der Landesrechnungshof merkt kritisch an, dass in der Mittelfristigen Finanzplanung keine Ausführungen gemacht werden, wie sich diese Zuführungen weiterentwickeln sollen.

Wir hören dröhnendes Schweigen zu all diesen Fragen in allen Befragungen in unserer Haushaltsklausur und in den Berichterstattegesprächen. Dazu wird nichts gesagt.

Sie, Herr Witzel, und der finanzpolitische Muster-schüler, Herr Kollege Optendrenk,

(Lachen von den GRÜNEN)

haben noch vor einem Jahr gesagt: Wenn es so weitergeht mit den 200 Millionen €, entsteht ein 9 Milliarden € großes Loch in der Pensionskasse. – Wieso füllen Sie das nicht auf?

Herr Witzel, Sie haben erklärt, die fehlenden Zuführungen stellten einen unlauteren Einspareffekt in Höhe von 700 Millionen € für 2018 dar, mit dem die Einhaltung der Schuldenbremse herbeigetrichtet werden sollte. In Ihrer Logik, Herr Witzel und Herr Optendrenk, ist Ihre schwarze Null, die Sie jetzt vorgelegt haben, aber so was von herbeigetrichtet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das müssten Sie ehrlicherwise auch so sehen, wenn Sie das, was Sie vor einem Jahr gesagt haben, hier und heute ernst nehmen. Und Sie führen ja noch nicht einmal 200 Millionen € zu, sondern nur 80 Millionen € – das nur ganz am Rande.

Weitere Haushaltsrisiken: Risikoabschirmung WestLB. Der Landesrechnungshof weist darauf hin, dass im Risikofondsgesetz von Ihnen selbst begründet gesagt wurde, hier bestünden Haushaltsrisiken. Er wirft die Frage auf: Wo werden die Risiken dargestellt, die mit dem Sondervermögen Risikoabschirmung verbunden sind?

Sie, Herr Lienenkämper, bzw. das Parlament hat im Gesetz eine ordentliche Kreditermächtigung ausgebracht. Das hat ja Folgen. Das Land haftet dafür. Das müssen Sie in irgendeiner Form im Haushalt darstellen. Auch hier ist nichts abgebildet, Blackbox.

Eine Gegenfinanzierung der geplanten Steuergeschenke ist nicht erkennbar. Sie werden ja wahrscheinlich auf Bundesebene nun doch mitregieren. Da sind ein paar Steuergeschenke im Gespräch. Bei der Einkommensteuerreform bedeutet dies für NRW 1,3 Milliarden € Mindereinnahmen. Bei der Reform der Grunderwerbsteuer bedeutet dies 1 Milliarde € Mindereinnahmen für NRW. So etwas stellt man zumindest in der Mittelfristigen Finanzplanung, wenn schon nicht im Haushaltsplan 2018 dar.

Das sind 2,3 Milliarden € Belastungen für diesen Haushalt. Nirgendwo in der Finanzplanung wird dargestellt, wie dies gegenfinanziert werden soll. Aber es gibt eine schwarze Null. – So viel zur Schimäre der schwarzen Null in diesem Haushaltsplan.

(Beifall von den GRÜNEN)

Fehlende Nachhaltigkeit: Der DGB und das Institut der deutschen Wirtschaft konstatieren unisono – das sollte zu denken geben –, die Investitionsquote sei zu gering. In der Mittelfristigen Finanzplanung ist geplant, sie noch weiter abzusenken. Wenn dann beide Sachverständigen – Herr Witzel, beide Sachverständigen: der DGB und das Institut der deutschen Wirtschaft! – einstimmig mahnen, dass eine sinkende Investitionsquote bei Rekordsteuereinnahmen und günstigen Zinsen – die wir übrigens nie hatten – erhebliche Risiken birgt, geradezu fahrlässig ist und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gefährdet, dann entsetzt es mich doch sehr, wie wenig Ihnen das zu denken gibt.

Am Beispiel des Unterhalts und des Erhalts der Landesstraßen wird das deutlich. Ich sage nur: 200 Millionen € würden eigentlich gebraucht. Das Gutachten liegt vor. Den Betrag haben Sie immer versprochen. – 161 Millionen € stehen im Haushalt.

(Zuruf von Klaus Vossemer [CDU])

Auch hier gäbe es noch einige Beispiele mehr.

(Henning Rehbaum [CDU]: Was haben Sie eigentlich in den letzten sieben Jahren gemacht?)

Die Zeit reicht nicht aus, um Ihnen anhand Ihres Haushalts sehr deutlich klarzumachen, dass es bei der Frage einer Nachhaltigkeitsstrategie eine Fehl-anzeige gibt.

Stattdessen werden weiter die berühmt-berüchtigten Zauberformeln heruntergebetet: die Digitalisierungsdividenden. Ich glaube, darauf warten wir bis zum Jüngsten Tag. Auch hier: nichts. Wie soll das erwirtschaftet werden? Wann? Wie? Wo? – Wann kommt denn die Milliarde, Herr Lienenkämper? Sie sprechen gleich wieder. Dann können Sie es vielleicht erklären.

Effizienzsteigerung: „Wir werden sofort in einen Prozess der Aufgabenkritik einsteigen und dann Personal abbauen“, hieß es. Wo ist denn der Prozess?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Herr Lindner ist ja weg!)

Wo ist das alles? Was passiert denn da? Nichts.

Prozessoptimierung, Bürokratieabbau: Jetzt kommt der absolute Heilsbringer, nämlich die Entfesselung. Wenn nichts mehr hilft, wird entfesselt.

All das entpuppt sich als rhetorische Blasen. Wenn man sie nur anpickst, Herr Lienenkämper, dann zerplatzen sie. Hinter dem, was Sie uns mit den Entfesselungspaketen I und II vorgelegt haben, versteckt sich eigentlich etwas ganz Altbackenes. Das ist die Doktrin der Deregulierung: Wenn man dem Markt nur seine Freiheiten lasse, regle sich das alles von allein. – Nein, das funktioniert so nicht. Diese Doktrin ist falsch.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Diese Marktorientierung taugt nichts für eine Nachhaltigkeitsstrategie.

Wenn Sie meinen, hier Ökostandards schleifen, den Klimaschutz missachten und die Energiewende gefährden zu müssen und damit dieses Land zukunftsfähig machen wollen, das auch noch mit „Entfesselung“ überschreiben, dann haben Sie uns ganz sicher nicht an Ihrer Seite.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Diese Politik ist sehr schädlich für das Land.

(Bodo Löttgen [CDU]: Wo denn?)

Wir werden das auch weiterhin deutlich machen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Dücker. – Für die FDP hat nun der Abgeordnete Herr Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben heute eine historische Trendwende in der Haushaltspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von der SPD – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Das ist wahrlich ein Grund zum Feiern. Nach 44 Jahren kontinuierlicher Neuverschuldung, in denen Jahr für Jahr von der öffentlichen Hand stets mehr Geld ausgegeben worden ist, als eingenommen wurde, wird diese Politik zulasten der jungen Generation endlich beendet.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es gibt das Versprechen der NRW-Koalition, dass das keine Eintagsfliege ist, sondern dass in der gesamten weiteren Legislaturperiode nie wieder ein Haushalt aufgestellt wird, der eine Nettokreditaufnahme erfordert. Das ist mal eine Ansage!

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir belegen somit das, was wir hier seit Jahren – zumeist gegen den Widerstand großer Teile im Parlament – vorgetragen haben. Ich erinnere zum Beispiel an die Landtagsauflösung 2012. Wir wissen, es ist ohnehin notwendig, aber eben auch möglich, die Schuldenbremse des Grundgesetzes bereits mehrere Jahre früher einzuhalten, als dies verfassungsrechtlich unausweichlich ist.

Die abgewählte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat das immer anders gesehen. Sie hat am liebsten vom Fetisch der schwarzen Null gesprochen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Genau!)

Das war ihr irgendwie unheimlich; das fasst man lieber nicht an. Dementsprechend hatten Sie von rot-grüner Seite für das kommende Jahr 2018 fast 400 Millionen € an neuen Schulden in der Mittelfristigen Finanzplanung eingeplant.

Rot-Grün hat in den letzten Jahren trotz haushalterischer Bestbedingungen den Schuldenberg um 21 Milliarden € auf die schwindelerregende Höhe von 144 Milliarden € aufgestockt, also 21 Milliarden € mehr zum neuen Saldo von 144 Milliarden € beigetragen. „Schwindel“ ist eben auch ein symptomatischer Begriff für Rot-Grün in der Haushaltsplanung der letzten sieben Jahre gewesen.

Wie fatal diese Schuldenmacherei ist und wie wichtig der Verzicht auf die Neuverschuldung für unser Land ist, zeigt ein ganz simpler Zusammenhang: Allein an Zinsen mussten die Steuerzahler in den letzten vier

Jahrzehnten fast noch einmal denselben Betrag ausgeben, nämlich fast 140 Milliarden €. Das nur für Zinszahlungen!

Das verdeutlicht doch eine grundlegende Erkenntnis: Über Verschuldung lässt sich langfristig überhaupt kein neuer Handlungsspielraum gewinnen, sondern es werden nur schwere Hypotheken auf die Zukunft aufgenommen. Neuverschuldung, meine sehr geehrten Damen und Herren, schafft keine Handlungsspielräume. Sie zerstört Handlungsspielräume in der Zukunft und kostet viel zu viel Geld.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Die erste schwarz-gelbe Haushaltsaufstellung 2018 erfolgt zugegebenermaßen in einem konjunkturell günstigen Umfeld. Dieses wird aber nun auch von Schwarz-Gelb sinnvoll genutzt, um neue Schulden zu vermeiden und trotzdem wichtige Zukunftsinvestitionen in vielen Bereichen vorzunehmen, die Rot-Grün vernachlässigt hat.

Die Planungsansätze von Schwarz-Gelb sind solide und realistisch kalkuliert. Hier wird nämlich nichts schöngerechnet.

Wir lassen Vorsicht bei den Steuereinnahmen walten. Mit 58 Milliarden € liegen wir knapp 300 Millionen € unter den Zahlen, die sich Rot-Grün zwar nie selbst für Haushaltsaufstellungen zu eigen gemacht hat, die Rot-Grün aber unmittelbar nach der eigenen Abwahl als Erwartung anderen gegenüber genannt hat. Wir rechnen im Haushalt 2018 mit keinem Euro mehr Steuereinnahmen, als es Rot-Grün getan hat.

Trotzdem nehmen wir – anders als Sie – in unserer Planung keine neuen Schulden auf.

Weil es gerade wieder von Oppositionsrednern vorgetragen wurde, kann ich sagen: Wir widersprechen nachhaltig Ihrer These, dass Schwarz-Gelb unser Land kaputt spare. Im Gegenteil: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben durch den Haushalt 2018 gute Voraussetzungen, gerade auch die Kommunen.

Sie haben uns aufgefordert, etwas zur kommunalen Finanzlage zu sagen. Schauen wir einmal in das GFG: Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen erhalten im nächsten Jahr rund 1 Milliarde € zusätzlich vom Land. Das sind rund 10 % mehr Mittel als in diesem Jahr, insgesamt ein Volumen von 11,7 Milliarden €. So viel war es noch nie.

(Beifall von der FDP und der CDU – Christian Dahm [SPD]: Ist doch keine politische Höchstleistung!)

Wenn wir alle Zuweisungen im Haushalt an die Kommunen zusammenrechnen, kommen wir auf sage und schreibe 26,5 Milliarden €. Damit liegt der kommunale Anteil an den Gesamtausgaben des Landes bei über einem Drittel; es sind genau 35,6 %.

Sie haben die innere Sicherheit angesprochen. Dafür gibt es 58,2 Millionen € mehr als im Vorjahr. Wir werden statt bislang 2.000 Polizeianwärter jedes Jahr 2.300 neue Kollegen einstellen. Hinzu kommen 500 Verwaltungsassistenten. Wir schaffen zusätzlich 650 Planstellen und damit die Voraussetzung dafür, dass erfolgreich geprüfte Polizeikommissaranwärter auch in den Dienst übernommen werden können und der jahrelange Abbau von Stellen und Handlungsfähigkeit bei der Polizei beendet wird. Das sind wichtige Beiträge für die innere Sicherheit in unserem Land.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Um innere Sicherheit geht es auch bei der Justiz. Auch der Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats dienen Aufstockungen: Es gibt 1.135 neue Stellen bei der Justiz. Fast 200 davon sind für neue Richter und Staatsanwälte vorgesehen. Sie sollen Verfahrenslaufzeiten verkürzen und das Rechtsbewusstsein wiederherstellen. Von schnelleren Asylverfahren profitieren alle: Betroffene erhalten Planungssicherheit, Kommunen können Ressourcen zielgerichteter für die Integration von Menschen mit langfristiger Bleibeperspektive ausgeben, und das Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit wird insgesamt gestärkt.

Die Opposition hat gerade auch den Bildungsbereich angesprochen. Uns ist völlig unverständlich, dass Sie diese Diskussion suchen – nach dem Komplettversagen von Sylvia Löhrmann in der Schulpolitik der letzten sieben Jahre in unserem Land.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dass Sie das hier ansprechen, ist schon mutig. Wir können das guten Gewissens tun. Schulen erhalten rund 2.000 Stellen mehr, als es unter Rot-Grün gegeben hätte. Was heißt das genau? Wir schaffen aufgrund der vorgefundenen rot-grünen Mangelverwaltung rund 1.300 komplett neue Planstellen und Stellen im Schulbereich.

Darüber hinaus machen wir nicht das, was die alte Landesregierung beabsichtigt hat: Wir nehmen nicht 765 Stellen aus dem System. In den Planungen der rot-grünen Landesregierung war beispielsweise vorgesehen, Hunderte Stellen an Schulen zu reduzieren, da angeblich der Grundbedarf sinke. Wir belassen diese Stellen im System Schule und stärken damit die Unterrichtsqualität in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zusätzlich entfallen 3.300 kw-Vermerke, also an Stellen, die Rot-Grün bereits 2018 absetzen wollte.

Weil von der Opposition das Thema „Investitionen“ angesprochen worden ist – dafür müssen wir uns auch nicht schämen –: Die Ausgaben des Landes für Sachinvestitionen steigen ausgehend vom Haushaltsjahr 2017 bis zum Ende des Planungszeitraums

2021 um rund 243 Millionen € an, von 712 Millionen € auf 955 Millionen €. Die Investitionsquote der schwarz-gelben Haushaltsplanung liegt damit in der neuen Mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2021 spürbar über der letzten Mittelfristigen Finanzplanung von Rot-Grün. Es ist völlig unverständlich, wie Sie dies bei Ihrer eigenen Vergangenheit als Kritikpunkt gegen Schwarz-Gelb richten können.

Diese Veränderung ist in der Tat ein wichtiger Auftrag des Landesrechnungshofs gewesen. Dieser hat deutlich gemacht, dass eine dauerhafte Politik der Deinvestitionen auch ökonomisch gravierende Schäden nach sich zieht, beispielsweise durch Infrastrukturerfall. Deshalb wollen wir dort gezielt investieren.

(Beifall von der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das glaubt doch noch nicht einmal Ihre eigene Fraktion!)

Wir wollen und werden werthaltig in den Erhalt und Ausbau der Landesstraßen investieren, was die Grünen ja nie wollten: zunächst fast 40 Millionen €. Bis Ende der Legislaturperiode soll das Investitionsvolumen auf 257 Millionen € anwachsen.

Es gibt weitere gute Botschaften im Haushalt.

Sie haben die Situation der Kommunen angesprochen. Wir sagen: Wir stehen zu unserem Versprechen. Wir haben vor der Landtagswahl erklärt, dass wir die Situation der Kommunen verbessern wollen, was den Umgang mit der Flüchtlingskrise angeht, und genau dafür sorgen wir, weil wir wissen, dass die Kommunen in diesem Bereich gewaltige Aufgaben vor der Brust haben. Deshalb haben wir zugesagt, neu ankommende Flüchtlinge in Landeseinrichtungen unterzubringen. Dann kommen nur diejenigen in den Kommunen an, die tatsächlich eine dauerhafte Bleibeperspektive haben. Das ist eine sehr wertvolle Zusage für die Handlungsfähigkeit der Kommunen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Modernität in der Landespolitik ist ein wichtiger Anspruch für uns. Deshalb starten wir die Digitalisierungsoffensive „Glasfaser first“. Zukünftige digitale Infrastruktur erfordert flächendeckende Hochleistungsnetze.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Der modernitätspolitische Sprecher!)

220 Millionen € dienen im neuen Haushalt 2018 dem Breitbandausbau. Im Rahmen eines Dekadenprojektes wollen wir insgesamt über 2 Milliarden € für die Digitalisierung zur Verfügung stellen. Digitalisierung erleichtert nicht nur Bürgern das Leben und ermöglicht Wertschöpfungsketten der Unternehmen im internationalen Wettbewerb, E-Government bietet auch dem Staat mittelfristig eine erhebliche Perspektive für Effizienzpotenziale und ist daher eine lohnende Investition.

Jedes Jahr wollen wir ferner den Kulturretat um weitere 20 Millionen € erhöhen; denn Kultur bewahrt Identität und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall von der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der neue Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2018 ist natürlich auch im Kontext der Beschlüsse zu sehen, die erst wenige Wochen alt sind und hier zum Nachtragshaushalt 2017 getroffen wurden. Das war ja bereits die erste Notreparatur durch Schwarz-Gelb wegen all der rot-grünen Versäumnisse.

Ich darf an das Kita-Träger-Rettungsprogramm in Höhe von 500 Millionen € erinnern. Viele Kitaträger hätten mittlerweile längst aufgegeben und wären pleite, wenn Rot-Grün in diesem Land weiter so gewirtschaftet hätte, wie Sie es vorhatten.

(Beifall von der FDP, der CDU und Alexander Langguth [fraktionslos])

Natürlich ist das auch eine wichtige Vorsorgemaßnahme für die Zukunft der jungen Generation.

All diese Beispiele verdeutlichen den Anspruch von Schwarz-Gelb. Wir investieren in die Zukunft, in Köpfe, in Infrastruktur, in Modernität und in gesellschaftlichen Fortschritt. So wollen und werden wir Nordrhein-Westfalen zum neuen Aufsteigerland in Deutschland machen.

Schwarz-Gelb plant in diesem Haushaltsjahr mit einem besseren Haushaltsabschluss als Rot-Grün und wird jährlich Schulden tilgen. Ganz deutlich sichtbar wird das, und zwar in einem Milliardenumfang, ab dem Jahr 2020.

Wir haben uns vorgenommen, jedes Haushaltsjahr deutlich besser abzuschließen, als Rot-Grün es jemals vorhatte. Das unterscheidet uns in eklatanter Weise von dem Vorgehen nach Ihrer Regierungsübernahme im Jahr 2010.

Wir wollen es in den nächsten fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen besser machen. Sie haben nach Ihrer Regierungsübernahme 2010 erst einmal einen Nachtragshaushalt mit der Absicht aufgestellt, 2,3 Milliarden € neue Schulden zu machen. Wir haben einen Nachtragshaushalt aufgelegt und die Nettokreditaufnahme um 100 Millionen € abgesenkt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Rekordsteuereinnahmen!)

Wie dann Ihr weiterer Schuldenaufbau in den Jahren danach gelaufen ist, ist so weit bekannt. Im nächsten ordentlichen Haushaltsaufstellungsverfahren 2011 hatten Sie sich vorgenommen, 7,8 Milliarden € vom Kreditmarkt zu leihen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist gelogen, Herr Witzel!)

Nur dank absehbarer Steuermehreinnahmen von sage und schreibe 3,2 Milliarden € haben Sie diesen Wert noch einmal um 2 Milliarden € abgesenkt. Bei Ihnen ist bereits viel Geld verdunstet, bevor es jemals rot-grünen Boden berührt hat.

Wir wollen das alles in den kommenden fünf Jahren besser machen. Ja, wir wollen Nordrhein-Westfalen entfesseln, weil wir meinen, der Staat muss die richtigen Grundlagen legen, er muss in seinen Kernaufgaben handlungsfähig sein, aber Menschen und Unternehmen wissen selber am besten, was sie mit den neuen Handlungsfreiheiten anfangen.

Nordrhein-Westfalen muss konsolidiert werden, Nordrhein-Westfalen muss entfesselt werden. An diesem Anspruch lassen wir uns messen. Ich bin optimistisch, dass uns das in den nächsten Jahren auch gelingt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die AfD hat der Abgeordnete Strotebeck jetzt das Wort.

Herbert Strotebeck (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Wo ist die Energie, mit der Sie dieses Land zukunftsfähig machen wollen? Wo ist die Innovation, mit der Sie Arbeitsplätze der Zukunft schaffen wollen? Wo findet man im Haushalt Ihre Idee davon, wie dieses Land in zehn Jahren aussehen soll? Wo findet man eine Handschrift dieser Regierung?“

Dies waren die Worte eines CDU-Abgeordneten, er sprach sie vor fast genau zwei Jahren hier im Landtag. Eine ähnliche Rede könnte er auch heute wieder halten. Der Tenor der Rede hat nichts an Aktualität verloren. Aber heute sind wir es, die mahnen müssen, dass der schwarz-gelben Koalition die konservative Handschrift abhandengekommen ist.

(Beifall von der AfD)

Die Handschrift dieser schwarz-gelben Regierung ist in mehrfacher Hinsicht leider nicht mehr die der schwarz-gelben Opposition. Ich frage mich, wie wir das vorliegende Stückwerk namens Haushalt 2018 deuten sollen. Ja, der Haushalt ist schuldenfrei. Nein, ich will nicht die Diskussion fortsetzen, wann es das letzte Mal einen schuldenfreien Haushalt in Nordrhein-Westfalen gab. Die Angaben von CDU und SPD unterscheiden sich hier ja „nur“ um mehrere Jahrzehnte.

Ich möchte allerdings festhalten, dass die aktuelle Regierung selbstverständlich vor allem den Finanzmarktgöttern mit ihrer Niedrigzinspolitik einen Dank erweisen muss.

(Beifall von der AfD)

Wehe, wenn das Ende naht und EZB-Präsident Mario Draghi im Jahr 2019 geht! Dieser Haushalt wäre tiefrot. Wenn man zum Beispiel nur das durchschnittliche Zinsniveau von 2008 annehmen würde, dann wären nicht 2,5 Milliarden € Zinsen fällig, sondern 3,2 Milliarden €. Wir haben gerade von Herrn Witzel gehört, dass wir das in den letzten vier Jahren entsprechend unserem Schuldenberg an Schuldendienst gezahlt haben – traurig genug. Ich erwähne das nur, damit Sie einmal die Auswirkungen sehen.

Die 700 Millionen € haben Sie den „EZB-Geldpaten“ in Frankfurt zu verdanken. Nein, das ist eigentlich falsch. Sie haben sie dem deutschen Sparer zu verdanken, der mit seinen Ersparnissen von diesen „Patenten“ zu einer Zwangshaftung verdammt wird.

Im Haushalt wird keine ausreichende Vorsorge für die Pensionen der Beamten getroffen. Wir haben heute mehrfach gehört, welche Lücke sich aufbaut, was gezahlt wurde, was gezahlt werden muss.

Darüber hinaus wird auch keine Risikovorsorge für ein Wiederaufflammen der Eurokrise getroffen.

Der Abbau des gigantischen Schuldenberges kommt nicht voran. Schwarz-Gelb schafft mit dem Nachtragshaushalt 2017 und mit diesem Haushalt aber erst einmal reichlich neue Stellen. Sie sind die Koalition der B-Gehälter.

(Beifall von der AfD)

Die AfD lernt hieraus nur eines: Eine Entpolitisierung der Beamenschaft ist zwingend erforderlich. Damit muss endlich angefangen werden.

Die AfD-Fraktion hat den vorliegenden Haushaltsplan konstruktiv begleitet, wie Sie auch an unseren zahlreichen Änderungsanträgen erkennen können.

Sehr geehrter Herr Moritz, wir haben sehr wohl und sehr gerne vernommen, dass Sie zukünftig den Schuldenberg abbauen wollen. Herr Witzel, Sie haben hier heute von einem historischen Augenblick gesprochen und davon, auch zukünftig konsolidierte Finanzen vorlegen zu wollen. Wir sind dabei.

Der Haushalt 2018 beinhaltet gute und richtige Ansätze, zum Beispiel zusätzliche Anwärterstellen bei der Polizei, mehr Richterstellen und, ja, auch die neue Organisationseinheit zur Bekämpfung der Finanzierung von Terrorismus oder organisierter Kriminalität. Auch wir unterstützen – wie der Rest des Hohen Hauses – die Landesregierung dabei, für eine effiziente und leistungsfähige Finanzverwaltung zu sorgen. Jedoch ist es sehr beunruhigend, dass das Eintreiben von Steuern in Deutschland besser funktioniert als die Sicherung der Grenzen.

(Beifall von der AfD)

An vielen Stellen im Haushalt gruselt es mich allerdings, und dieses ungute Gefühl möchte ich kurz in

Worte fassen, ohne die Diskussion zu den Einzelplänen zu sehr vorwegzunehmen.

Sie wollen mehr Geld für Integrationsprogramme und mehr Geld für Islamunterricht ausgeben. Auf die Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe bei Sozialwohnungen wird weiterhin verzichtet usw. usf. Viele zusätzliche Ausgaben wie die für die gerade erwähnten Kommissaranwärterstellen sind nur notwendig wegen der derzeit noch amtierenden Bundeskanzlerin. Eine Evaluierung über die Sinnhaftigkeit der Ausgaben ist hingegen nicht erwünscht. J

etzt werden Sie sagen, diese Kritik ist typisch für die Opposition, typisch für die AfD. Aber genauso typisch ist es, dass Sie Probleme weiterhin nur verwalten wollen, statt sie an der Wurzel zu fassen.

(Beifall von der AfD)

Um beispielsweise den Lehrerberuf nachhaltig attraktiv zu machen, sollen 2,5 Millionen € für eine euphemische Kampagne ausgegeben werden. Meine Damen und Herren, die total schlechten Arbeitsbedingungen von Schulen müssen grundlegend verbessert werden und dürfen nicht mit Millionensummen übertüncht werden.

(Beifall von der AfD)

Dafür wäre im Haushalt allerdings eine ganz andere, deutlichere Handschrift notwendig. Lassen Sie mich Ihnen sagen: Eine Vielzahl der Projekte im Haushalt ist reine Geldverschwendung. Da orientieren Sie sich leider an den Parteien von gestern, an Rot-Grün, statt an Parteien der Zukunft: ÖVP, FPÖ, AfD.

(Beifall von der AfD)

Für die CDU wäre etwas mehr Sebastian Kurz und Hans-Christian Strache wegweisend.

(Roger Beckamp [AfD]: Die ÖVP macht es vor!)

Menschen, die sich nicht integrieren wollen, werden Sie auch mit dem 100. Kurs nicht zwangsintegriert bekommen. Die 50 im Haushalt geplanten zusätzlichen Islamlehrer an NRW-Schulen werden aus dem Islam und der Scharia auch weiterhin keine mit unserer Demokratie kompatiblen Ideologien machen können. Wer an das Gelingen glaubt, ist einfach naiv, stur oder verblendet.

Übrigens: Auf Nachfrage im Berichterstattergespräch ergab sich, dass es nur deshalb 50 Islamlehrer sind, da nicht mehr zu bekommen waren. Sonst würden noch mehr Mittel dafür unnütz verpulvert.

(Beifall von der AfD)

Wo bleiben in Ihrer Politik und in Ihrem Haushalt groß angelegte Lösungen gegen den sich immer weiter ausbreitenden islamischen Antisemitismus in Deutschland? In Berlin brennen mittlerweile wieder Davidsterne vor dem Brandenburger Tor. Tausende

Antisemiten gingen in Berlin auf die Straße, Hunderte in Düsseldorf. In Mülheim musste das jüdische Lichterfest aus Sicherheitsgründen abgesagt werden. Damit wird sich die Politik, zwangsläufig leider auch der Haushalt, in den nächsten Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten befassen müssen.

Diese Feinde der Juden aus dem Nahen Osten und Afrika müssen raus aus Nordrhein-Westfalen, egal, ob sie sich Flüchtlinge, Refugees oder sonst wie nennen. Remigration statt Integration von Antisemiten!

(Beifall von der AfD)

Dafür aber muss die Landesregierung endlich den Mut und die finanziellen Mittel aufbringen. Es müssten täglich in Zusammenarbeit mit dem Bund Rückführungsflüge stattfinden.

Auch lässt sich der Salafismus in Nordrhein-Westfalen nicht mit unklaren Projekten bekämpfen, welche im Erläuterungsband zum Haushaltsplan auf jämmerlichen fünf Zeilen mit Projekten gegen den Rechtsextremismus vermischt werden.

Viel besser sind die schwülstigen Ausführungen von Herrn Steinmeier und die Forderungen von Herrn de Maizière nach einem Antisemitismusbeauftragten auch nicht. So hat man schon jemanden, den man beim zwangsläufigen Scheitern der Bemühungen verantwortlich machen kann. Beide vermeiden aber krampfhaft, die wahre Ursache zu benennen, nämlich den immer größer werdenden Anteil der radikalen Moslems in unserem Land.

Mehr Mittel bzw. überhaupt Mittel für Rückführungsunternehmen, mehr Mittel für den Straßenbau, mehr Mittel für Schulen, mehr Mittel für die Bereitschaftspolizisten – ein Antrag liegt Ihnen auf dem Tisch. Ich bin auf die namentliche Abstimmung wirklich sehr gespannt.

Mehr Mittel für Frauenhäuser, das brauchen wir.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Strotebeck, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Yüksel würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Herbert Strotebeck (AfD): Ich möchte das nicht.

Dafür weniger Mittel für vage Projekte, weniger Mittel für hochdotierte Beamtenstellen, auch weniger Mittel für einen aufgeblähten NRW-Landtag. All das wurde übrigens von uns bereits beantragt. All das finden Sie aber leider nicht im Haushaltsplan 2018.

Bleiben wir kurz beim Thema Frauenhäuser im Haushaltsplan, ein gutes Beispiel für das Verhalten der anderen Parteien bei der Haushaltsberatung im Landtag. Die AfD hat 500.000 € mehr für Frauenhäuser gefordert. Die Frauenhäuser in Nordrhein-West-

falen sind völlig überlastet. Allein in Duisburg mussten dieses Jahr 377 Frauen abgewiesen werden. Was für ein andauerndes Leid mag das für die Frauen und die Kinder bedeuten? Hier muss dringend mehr investiert werden. Dies machte auch eine Sachverständige im Ausschuss deutlich. Aber wie haben die anderen Parteien über den Änderungsantrag der AfD zur Erhöhung der Fördergelder abgestimmt? CDU: nein, SPD: nein, FDP: nein, Grüne: nein.

Gerade bei den Letztgenannten war ich mehr als überrascht von der Ablehnung. Ich hoffe einfach nur, dass Ihre Ablehnung daher rührt, dass Sie die Anträge der AfD-Fraktion zum Haushalt sowieso nicht lesen und eh alles pauschal ablehnen, was von uns kommt.

(Beifall von der AfD)

Nur zur Erinnerung aus der Sachverständigenbefragung: In Nordrhein-Westfalen haben wir einen Frauenhausplatz pro 15.000 Familien. Der Bundesdurchschnitt liegt bei einem Frauenhausplatz pro 10.000 Familien. Das ist allerdings genau die Art von nicht nachvollziehbarer ideologischer Politik, welche die Bürger in Nordrhein-Westfalen nicht verdient haben. Darauf möchte ich in dieser Grundsatzdebatte zum Haushalt mit Nachdruck hinweisen.

Wir als AfD-Fraktion entscheiden bei Anträgen der anderen Parteien immer und ausschließlich nach dem Inhalt. Wenn ein Antrag sinnvoll ist, dann stimmen wir ihm zu.

(Beifall von der AfD)

Das haben wir getan und werden wir auch weiterhin tun. Das ist das Demokratieverständnis der AfD.

Warum machen wir das so nicht einmal grundsätzlich im Parlament? Auf diese Weise würde die Politikverdrossenheit im Land sicherlich massiv nachlassen, und wir würden dem massiv entgegenwirken.

An dieser Stelle der Grundsatzdebatte möchte ich auch noch etwas zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushalts sagen. Wir von der AfD-Fraktion haben es – wie alle Oppositionsfraktionen – als sehr unglücklich empfunden, dass dieser Haushalt so spät eingebracht wurde. Allein schon deshalb kann man diesem Haushalt nicht zustimmen. So berät man einfach nicht über eine Ausgabe von Milliarden. Wir möchten hoffen – und gehen davon aus –, dass das im nächsten Jahr besser wird.

Es gibt auch positive Aspekte im Haushalt 2018. Die bunte Handschrift von Rot-Grün ist nicht mehr ganz so stark, allerdings leider immer noch deutlich erkennbar. Sie wird jetzt ein bisschen schwarz-gelb durchmischt.

Meine Damen und Herren der Regierung – aus Versehen habe ich zu meinen Kollegen geschaut; Entschuldigung –, wo sind Ihre Energie und Ihre Mittel,

mit denen Sie dieses Land endlich wieder sicher und zukunftsfähig machen wollen? – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Kollege Strotebeck. – Für die Landesregierung spricht jetzt der Minister der Finanzen, Herr Minister Lienenkämper.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weihnachten ist ja bekanntlich eine Zeit, in der ganz besonders viele Märchen erzählt werden.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Deswegen stehst Du jetzt am Rednerpult!)

Herr Kollege Zimkeit, als ich eben so Ihrer Schilderung zugehört habe, wie die letzten sieben Jahre in Nordrhein-Westfalen aus Ihrer Sicht wohl gewesen sein müssen, habe ich gedacht: Warum haben Sie nicht einfach angefangen mit der normalen Einleitung eines Märchens, nämlich „Es war einmal“?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie machen hier geradezu glauben, Nordrhein-Westfalen sei in den letzten sieben Jahren ein Nest voller sozialer Wärme gewesen, mit exzellenten, super finanzierten Kitas, mit einer Schulpolitik, die jedem Kind seine Aufstiegschancen gibt, mit Universitäten, die ihre Möglichkeiten erreichen, vorbildlich bei Sicherheit und auch bei Justiz, mit einer Regierung, die geradezu vor Ideen gesprüht hat, wirtschaftlich vernünftig gearbeitet hat, sozial gedacht hat, sparsam und schuldenfrei gearbeitet hat.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Und dann, offenbar nach Ihrer Diktion, zog irgendwie der eiskalte Wind durch Nordrhein-Westfalen, ein eiskalter Mai-Wind, und hat dieses wunderschöne Land seiner Regierung beraubt. Glauben Sie dieses Zerrbild überhaupt? Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sehen das anders, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nur einige wenige Zahlen: Ende des Jahres 2016 Schuldenberg fast 144 Milliarden €. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben bis dahin 139 Milliarden € an Zinsen gezahlt, übrigens an Banken und an Investoren im Finanzmarkt. Und jetzt von 2010 bis 2015 die Nettokreditaufnahme von Nordrhein-Westfalen: 19,7 Milliarden €. Sie haben es fast geschafft, 50 % der Nettokreditaufnahme aller 16 Bundesländer zu erreichen. Da sind Sie nur knapp gescheitert mit 41,4 % der Nettokreditaufnahme aller 16 Bundesländer.

Ich will Ihnen noch etwas zu diesem sozialen Nest von Wärme in Nordrhein-Westfalen sagen. Wo war denn die Armutsgefährdung in Deutschland am größten? Bei den westdeutschen Flächenländern – ich sage es Ihnen – leider in Nordrhein-Westfalen. Bei Alleinerziehenden lag die Armutsgefährdungsquote in 2016 bei 42,5 %.

Machen Sie diesem Parlament bitte nicht glauben, das sei eine Regierung gewesen,

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Man sieht sich immer zweimal im Leben!)

die sozial und vernünftig gearbeitet hätte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Kitas standen bei Regierungsübernahme kurz vor den Schließungen. Die Unterfinanzierung war dramatisch. Hätten wir nicht im Nachtragshaushalt mit 500 Millionen € Soforthilfe geholfen, würde die Situation jetzt noch schlechter sein. Bei der Ü3-Betreuung belegt Nordrhein-Westfalen bundesweit den drittletzten Platz, bei der U3-Betreuung sogar den letzten Platz.

Meine Damen und Herren, es ist richtig, es ist sozial und es ist zukunftsorientiert, dass wir damit jetzt Schluss machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schauen Sie sich einmal die Inklusionspolitik an, zu der Sie heute Diskussionsbeiträge geliefert haben. Ich glaube, die Eltern und auch die Kinder wissen ganz genau, wie die Erfolge dieser Inklusionspolitik gewesen sind. Sie sind unzureichend vorbereitet, auch unzureichend finanziert gewesen. Unterrichtsausfall haben Sie nicht gemessen. Ich muss Ihnen sagen: Auch die Schulpolitik war nicht erfolgreich.

Also insgesamt alles Versäumnisse, die die Schwächsten aller Schwachen getroffen haben: diejenigen, die sich nicht wehren können, Schülerinnen und Schüler, und übrigens – meine Damen und Herren, das ist besonders wichtig – auch diejenigen, die sich nicht wehren können, weil sie sich in ihrer eigenen inneren Sicherheit nicht mehr vernünftig sicher gefühlt haben, Menschen, die zu Opfern geworden sind, weil Polizisten bzw. ihre Organisation nicht die richtigen Entscheidungen getroffen haben, Menschen, die sich in Nordrhein-Westfalen einfach nur sicher fühlen wollten und nicht sicher waren. Deswegen beschreiten wir den Kurs der Konsolidierung der inneren Sicherheit Schritt für Schritt mit Geld, mit Stellen und mit Ideen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben die Globalpositionen im Haushalt kritisiert. Ich fand das spannend und will dazu noch einige Zahlen nennen. In Ihrem Haushaltsentwurf 2017 gab

es globale Minderausgaben in Höhe von 1,401 Milliarden €. Das ist transparenter Haushalt, Klarheit und Wahrheit gewesen?

Wir haben angefangen, diese globalen Minderausgaben zurückzuführen, und haben bereits in unserem Haushalt 2018 um 200 Millionen € verringerte Globalpositionen eingestellt. Wir werden das in den nächsten Haushalten fortsetzen. Machen Sie bitte dieses Parlament nicht glauben, Ihr Haushalt sei transparent gewesen und jetzt sei es intransparenter. Vielmehr ist es um 200 Millionen € transparenter geworden, und wir machen da weiter.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden unseren Auftrag erfüllen. Die Wählerinnen und Wähler haben uns den Auftrag gegeben, dieses Land zu modernisieren und zu verändern. Sie wollten die alte Politik nicht mehr. Wir werden dabei die soziale Marktwirtschaft wieder zu unserem Leitbild machen – ein Modell, das unser Land Nordrhein-Westfalen in den Zeiten seiner Gründung schon einmal nach vorne gebracht hat, als neue Schulen, Universitäten und Polizeistationen gebaut wurden und die Haushalte trotzdem solide waren. So etwas ging in den ersten Jahrzehnten in Nordrhein-Westfalen. Wir sind mit Blick auf diese Legislaturperiode sicher, dass das auch heute geht.

Deswegen werden wir unsere Wirtschaft dauerhaft so in Schuss bringen, dass das alte, frühere nordrhein-westfälische Aufstiegsversprechen wieder einlösbar wird. Es ist ein ganz schlichtes, einfaches Versprechen. Es heißt: Egal, woher du kommst – wenn du viel lernst, viel arbeitest und fleißig bist, dann wird es dir in Nordrhein-Westfalen gut gehen. – Das ist das Ziel dieser Landesregierung: Wir erfüllen das Aufstiegsversprechen wieder.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wollen außerdem eine neue Finanzarchitektur für Nordrhein-Westfalen, die dem Dreiklang „konsolidieren, modernisieren und investieren“ folgt, und wir legen als erste Landesregierung in 44 Jahren einen von Anfang an schuldenfreien Haushalt vor und geben unser Ziel klar an: Über die gesamte Legislaturperiode streben wir nicht nur keine Schulden an, sondern wir wollen ab 2019 in Nordrhein Westfalen sogar Haushaltsüberschüsse erwirtschaften.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die schwarze Null fällt einem nicht in den Schoß. Man muss sie wollen, und wir wollen sie. Das ist ein fundamental anderes Selbstverständnis als das der Vorgängerregierung. Die hat nämlich gleich zu Beginn ihrer Amtszeit leichtfertig Begründungen für immer mehr Schulden gesucht. Die erste Regierungserklärung war quasi eine Schuldenbegründungserklärung.

Statt sparsamer Haushaltspolitik immer mehr politische Fehler – auch damit machen wir Schluss. Wir wollen Ausgabedisziplin zur Leitlinie unserer Politik machen. Sie verursacht nämlich Fokussierung und Anreize dafür, wieder zu gestalten statt zu verwalten. Sparsames Wirtschaften wird zur DNA dieser Landesregierung werden, und Sie werden sehen, dass – im Gegensatz zu den Planungen Ihrer Regierung für das Jahr 2018 mit 400 Milliarden € Schulden – wir tatsächlich ohne neue Schulden auskommen werden.

Trotzdem werden wir modernisieren. Wir werden Strukturen nachhaltig verändern – übrigens bei unserer eigenen Verwaltung beginnend. Es ist unser Ziel, bis 2025 die Landesverwaltung vollständig zu digitalisieren. Wir werden damit Schritt für Schritt anfangen, damit es auch dort digital, zukunftsorientiert und besser zugeht. Und wir wollen die Ausgaben des Staats zukünftig nicht mehr nur an ihrer Höhe messen, sondern vor allem an ihrer Wirkung und am damit erzielten Nutzen. Dazu werden wir die organisatorischen Voraussetzungen schaffen.

Im Übrigen sind auch die Finanzbeziehungen der Kommunen Teil der Modernisierung. Wir wollen Kommunen nicht weiterhin gegeneinander ausspielen. Deswegen haben wir den Kommunalsoli bereits abgeschafft. Wir haben die fiktiven Hebesätze bei der Grundsteuer B auf das Niveau von 2016 eingefroren, und die Kommunen erhalten allein 2018 rund 1 Milliarde € mehr Geld vom Land. Das sind etwa 10 % mehr Mittel als im Jahr 2017, insgesamt sind es 11,7 Milliarden €. Damit hat der kommunale Anteil an den Gesamtausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen 35,6 % erreicht. Wir sind Partner der Kommunen und werden sie stärken und sie nicht gegeneinander ausspielen.

(Beifall von der CDU – Sarah Philipp [SPD]: Unglaublich!)

Wir wissen, dass Wirtschaft nicht ohne Erarbeiten funktioniert. Deshalb wollen wir das riesige Potenzial Nordrhein-Westfalens heben. Wir wollen mehr Freiräume, wir wollen eine Mentalität des Einstiegs, nicht eine Mentalität des Ausstiegs. Dabei haben wir vor allen Dingen die 99,5 % mittelständischen Unternehmen im Blick. Wir werden deswegen konsequent weiter entfesseln. Das erste Entfesselungspaket kennen Sie, das zweite ist gestern im Kabinett beschlossen worden.

Es ist der richtige Weg, den Menschen in Nordrhein-Westfalen wieder etwas zuzutrauen. Wir sollten denen, die die Potenziale, die Talente und den Willen haben, unser Land nach vorne zu bringen, endlich wieder die Möglichkeit geben, ihre eigenen Talente einzusetzen, anstatt nur zur Bürokratisierung, zu Bevormundung und sie zu gängeln, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen werden wir auch Gesetze und Verordnungen aufheben. Der „Spionage-Erlass“ etwa bewirkt, dass Pläne von neuen Chemieanlagen ins Internet zu stellen sind, wobei sich die Chinesen freuen, zu wissen, wie die Anlagen funktionieren, und sich die Terroristen freuen, zu wissen, wie sie kaputtgemacht werden können. So etwas kommt weg. Es muss in Nordrhein-Westfalen wieder ein neuer Geist her.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dafür werden wir auch die notwendigen Investitionen zur Verfügung stellen, sowohl für den Wirtschaftsbe- reich – beispielsweise 7 Milliarden € bis 2025 an europäischen Mitteln, Bundesmitteln und Landesmitteln für die Digitalisierung – als auch für die Bereiche, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft wichtig sind. Das sind vor allen Dingen Kitas und Schulen.

Wenn wir das Aufsteigerland sein wollen, dann müs- sen wir in Nordrhein-Westfalen den letzten Platz aller 16 Bundesländer bei der Kitabetreuungsquote ver- lassen. Deswegen stellen wir für unsere Kleinsten zusätzlich 20.431 Betreuungsplätze bereit, davon al- lein 11.305 für U3-Kinder, und dazu kommen 150 Fa- milienzentren. Dafür planen wir allein in diesem Haushalt 177 Millionen € ein. Meine Damen und Her- ren, das ist klug angelegtes Geld in die Zukunft un- serer Kleinsten und in den Zusammenhalt der Ge- sellschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Wir investieren massiv in bessere Schulen. Wir schaffen allein 2.048 neue Lehrerstellen, während übrigens der alte Haushaltsplan der Vorgängerregie- rung bei 3.300 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer kw- Vermerke vorgesehen hatte. Die wären 2018 wegge- fallen.

(Zurufe von der SPD)

Diese Befristungen haben wir selbstverständlich auf- gehoben, sodass wir insgesamt über 5.300 zusätzli- che Lehrerstellen für Nordrhein-Westfalen schaffen, davon übrigens – die Inklusion hatte ich angespro- chen – allein 926 für die Umsetzung der Inklusion; denn wir sind der Auffassung, dass genau da die größten Probleme der Vorgängerregierung waren. Die werden wir jetzt angehen – Schritt für Schritt und erfolgreich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir schaffen 8.000 zusätzliche Plätze im offenen Ganztage und flexibilisieren dort übrigens auch die Anwesenheitszeiten. Wir werden die Konrektoren besser bezahlen.

Wir werden die Polizei besser ausstatten. Allein 58,2 Millionen € sind dafür in diesem Haushalt zusätzlich vorgesehen. Wir werden 500 Verwaltungsassisten- ten einstellen, damit sich die Polizei um das küm-

mern kann, worum sie sich kümmern muss. Zusätz- lich werden wir 650 Planstellen für Kommissaranwär- terinnen und -anwärter schaffen.

Im Bereich der Geldwäsche werden wir neue Aktivi- täten entfalten. Das Bundesfinanzministerium schätzt, über 100 Milliarden € werden deutschland- weit über die Geldwäsche kriminell umgesetzt.

Wir haben es zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen erreicht, dass das In- nenministerium, das Justizministerium und das Mi- nisterium der Finanzen dabei zusammenarbeiten. Dafür gibt es eine neue Taskforce; dafür gibt es fast 60 neue Planstellen. Wir werden auch in diesem Be- reich erfolgreich sein, damit Nordrhein-Westfalen wieder vorbildlich wird in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Machen wir einen Strich darunter: Dieser Haushalt ist ein Haushalt der Zukunft. Es ist ein Haushalt der Ge- staltung. Es ist ein Haushalt, der es den Schwächsten dieser Gesellschaft ermöglicht, stärker zu wer- den, und denjenigen, die Talente haben, ermöglicht, ihre Talente zu zeigen, der die innere Sicherheit und das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt stärkt. Es wird ein Haushalt sein, der in die richtige Richtung weist, und deshalb bitte ich herzlich um Unterstüt- zung auf diesem Weg.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Fi- nanzminister, ich gehe davon aus, dass eine Ihrer letzten Aussagen ein Versprecher war, nämlich als Sie gesagt haben, dass Sie bei der Geldwäsche neue Aktivitäten entfalten wollen. Ich hoffe sehr, dass Sie das noch korrigieren werden.

(Heiterkeit von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn eines fest- steht, dann dies: dass es in den letzten Jahrzehnten keine Landesregierung gab, die derart gute finanzpo- litische Bedingungen übernommen hat wie Ihre.

(Zurufe von der CDU)

Das ist ein Fakt – Herr Kollege Löttgen, Sie können da lachen, so viel Sie wollen –: Rekordsteuereinnah- men und gleichzeitig die Möglichkeit, nach 2016 wie- der zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Das sind Fakten, und die müssen Sie gegen sich gel- ten lassen, wenn wir heute diesen Haushaltsentwurf beraten.

(Beifall von der SPD)

Wenn Ihr Kollege Witzel und andere Redner aus Ihren Reihen das schon zu einer historischen Trendwende hochstilisieren wollen, muss man auch klipp und klar sagen: Es war die rot-grüne Vorgängerregierung unter Finanzminister Walter-Borjans, die es geschafft hat, seit 2016 ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Sie haben diese Reihe mit dem Nachtragshaushalt 2017 unterbrochen, niemand anders.

(Beifall von der SPD)

Trotz dieser exzellenten Ausgangslage bringen Sie das Kunststück fertig, die Investitionsquote in Ihrer Finanzplanung sogar noch zu senken. Entgegen dem, was Sie eben gesagt haben, senken Sie in den nächsten Jahren die Investitionsquote, und das trotz dieser exorbitant hohen Steuereinnahmen. Das muss man erst einmal schaffen. Ich bin völlig fassungslos, dass Sie damit ernsthaft vor dieses Parlament treten wollen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Übrigens kritisieren nicht wir alleine das, sondern das kommt vom Institut der deutschen Wirtschaft. Ich nehme an, die sind für Sie glaubwürdiger als die bescheidene Opposition aus Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Es ist dieses Wirtschaftsinstitut, das Ihnen das ins Stammbuch schreibt. Dabei weiß doch jedes Kind, dass das, was wir brauchen, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sind. Sie brechen mit dieser Erkenntnis.

(Beifall von der SPD)

Die Kollegin Düker und der Kollege Zimkeit haben es gerade schon gesagt: Trotz dieser exorbitant guten finanzpolitischen Ausgangslage brechen Sie reihenweise Wahlversprechen: bei der Beteiligung an den Integrationskosten der Kommunen, bei den Pensionslasten oder – Herr Witzel, um mich direkt an Sie zu wenden – bei der Zusage, jeder zusätzliche Steuer-Euro werde in den Abbau der Neuverschuldung investiert. Diese Versprechen und weitere mehr haben Sie gebrochen. Es waren Ihre Versprechen, nicht die anderer. Das müssen Sie sich hier vorhalten lassen.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bis zu der Debatte eben bin ich davon ausgegangen, dass in dem heutigen Bericht des WDR über den Landeshaushalt, der den Titel „Die Schönwetter-Null“ trägt, niemand persönlich angesprochen ist. Nach der Debatte bin ich, offen gestanden, nicht mehr ganz so sicher und muss feststellen, dass ich in dem nach oben offenen Wettbewerb „Wer ist die Schönwetter-Null der Landesregierung oder der regierungstragenden Fraktionen?“ für mich noch keine Entscheidung getroffen habe. Aber ich bin sicher, bei diesem Wettbewerb sind Sie intensiv dabei.

Ich muss schon sagen: Ich hätte in einer Debatte erwartet, dass Sie auf die Argumente der Vorrednerinnen und -redner eingehen, statt nur herunterzulesen, was Sie sich vorher aufgeschrieben haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Kein einziges Argument von Frau Düker und Herrn Zimkeit haben Sie aufgegriffen. Das ist doch eines Parlaments nicht würdig.

(Zuruf von der CDU: Die haben keine Argumente!)

Herr Finanzminister, eines möchte ich Ihnen schon dazu sagen, dass Sie hier einen Kollegen des Märchenerzählens bezichtigen.

(Zuruf von der CDU: Das kann auch etwas Schönes sein!)

Ich bin wirklich dafür, dass parlamentarische Debatten hart und offen geführt werden. Aber einem Finanzminister, einem Mitglied des nordrhein-westfälischen Kabinetts, steht eine solche Klassifizierung eines Parlamentskollegen nicht zu.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ganz bewusst noch etwas zum Haushaltsverfahren sagen. Herr Kollege Moritz, Herr Kollege Witzel, der Haushalt eines Landes ist die Blaupause für politisches Handeln. Daher wird die Beratung über den Haushalt zu Recht als das Königsrecht des Parlaments bezeichnet. Wenn es also ein Gesetz gibt, dass der sorgfältigsten Beratung bedarf, dann ist es das Haushaltsgesetz.

Fest steht, dass die Landesregierung abweichend von der Landeshaushaltsordnung und der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalens den Haushalt deutlich zu spät eingebracht hat. Die Landesregierung hat das nicht einfach so gemacht und das ist ihr nicht irgendwie passiert, sondern sie hat diese Entscheidung bewusst getroffen. Sie waren sich in Ihren Kabinettsberatungen einig darüber, dass Sie ein hohes verfassungsrechtliches Risiko eingehen und dass Sie die Maßgaben der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalens nicht einhalten.

Dies ist Verfassungsbruch mit Ansage. Das ist wirklich skandalös, und das kritisiere ich hier auf das Schärfste.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Martin Börschel (SPD): Mindestens so schlimm ist aber, dass die Koalitionsfraktionen außerdem

das Beratungsverfahren so verkürzt haben, dass eine ordnungsgemäße Beratung nicht möglich war.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Martin Börschel (SPD): Wir haben uns große Mühe gegeben – als Sachverständige und als Abgeordnete hier im Parlament –, aber Sie haben diese Möglichkeit dem Parlament nicht gegeben.

Wenn Ihnen schon die Opposition egal ist, dann lassen Sie sich wenigstens an Ihrer eigenen Ehre als Parlamentarier packen.

(Marc Lürbke [FDP]: Was ist denn mit der Redezeit?)

Auch Sie müssen als Abgeordnete einen Haushalt ordnungsgemäß beraten. Sie sind Parlamentarier und nicht Abnicker.

(Daniel Sieveke [CDU]: Die Redezeit!)

Das wollte ich Ihnen zum Abschluss noch sagen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Für die AfD-Fraktion hat sich Herr Kollege Loose gemeldet.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Lienenkämper!

(Heiterkeit)

– Minister! Sie sind noch nicht Ministerpräsident. – Das kommt vielleicht noch; das klären Sie dann noch untereinander.

(Heiterkeit – Rainer Schmelzter [SPD]: Keine Drohungen!)

– Meine Redezeit läuft ab; ich muss mich beeilen.

(Heiterkeit von der AfD)

Sehr geehrter Herr Minister Lienenkämper! Rekordsteuereinnahmen, historisch niedrige Zinsen: All das haben Sie. Der Volksmund sagt: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. – Wir als AfD haben Ihnen Sparvorschläge mit einem Volumen von mehreren Hundert Millionen € für die Legislaturperiode vorgelegt. Diese haben Sie alle abgelehnt.

Sparen muss man auch wollen, Herr Lienenkämper. Sie geben jedoch im Haushalt 2018 rund 500 Millionen € mehr aus als in 2017. Das ist ein Armutszeugnis für Ihre Regierung. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Loose. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur ersten Abstimmung. Wir stimmen erstens ab über den Einzelplan 12. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1512, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Wir stimmen über den Einzelplan selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab.

Wer dem Einzelplan 12 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion und die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis in zweiter Lesung **angenommen**.

Wir kommen zweitens zu der Finanzplanung 2017 bis 2021. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1519, die Finanzplanung 2017 bis 2021 zur Kenntnis zu nehmen. Die Kenntnisnahme verbietet eigentlich eine Abstimmung. Deshalb schaue ich in die Runde, ob sich zur Kenntnisnahme kollektiver Widerspruch ergibt. – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Kenntnisnahme der Finanzplanung 2017 bis 2021 erfolgt**.

Zur Erinnerung: Die **Abstimmung** über den **Einzelplan 20**, den **Text des Haushaltsgesetzes und dessen Anlagen**, zum **GFG** und zur **Änderung des Stärkungspaktgesetzes** werden wir, wie vorhin bereits dargestellt und allen bekannt, erst **morgen nach Abschluss aller Einzelpläne** vornehmen. Wir werden dann auch über die **Rücküberweisung der vorgenannten Gesetzentwürfe** zur Vorbereitung der dritten Lesung entscheiden.

Das **Haushaltsbegleitgesetz 2018** erfordert nur zwei Lesungen. Ich schließe die Beratung zu diesem Gesetzentwurf und weise darauf hin, dass die **Abstimmung** in zweiter Lesung **bis zur Abstimmung des Haushaltsgesetzentwurfs in dritter Lesung zurückgestellt** wird.

Mit diesen Bemerkungen können wir die Generaldebatte einschließlich der Abstimmungen endgültig schließen.

Wir kommen nun zur Beratung der Einzelpläne.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14